

Das Soziale Europa schaffen.

Die europäische Demokratie stärken.

Bei den Europawahlen 2009 geht es um die politische, aber vor allem um die soziale Zukunft Europas. Die SPD will dass die Wahlen zum Europaparlament am 7. Juni 2009 – 20 Jahre nach der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit – ein Erfolg werden. Thüringen liegt im Herzen Europas. Die Thüringer Bürgerinnen und Bürger haben bei den Europawahlen die Chance, mit einem neu zu wählenden Europäischen Parlament dazu beizutragen, dass unsere gemeinsamen Ziele und Werte zur Grundlage der weiteren Entwicklung der Europäischen Union werden.

Wir nennen acht gute Gründe für die Thüringer, zur Europawahl zu gehen:

1. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ - ein Friedensprojekt.

- Die SPD setzt sich schon seit langem für die europäische Einheit ein. Bereits 1925 forderte die SPD in ihrem Heidelberger Programm die „Vereinigten Staaten von Europa“, weil sie hoffte, hierdurch besser zur „Interessensolidarität der Völker aller Kontinente“ zu gelangen. Die friedliche Lösung internationaler Konflikte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Recht von Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung, internationale Abrüstung und die Forderung nach einer dringend notwendigen europäischen Wirtschaftseinheit, mit der den negativen Globalisierungsfolgen besser zu begegnen gewesen wäre, gehörten schon damals zu den auch heute noch hochaktuellen Forderungen.
- Die gemeinsamen Werte, auf denen die Europäische Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Aber gerade auch die Werte der Gerechtigkeit und Solidarität, die durch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie die europäische Sozialdemokratie maßgeblich geprägt wurden, bleiben unverzichtbar, wenn es darum geht, die Zukunft Europas gemeinsam zu gestalten.
- An diese traditionsreiche Programmatik wird die SPD auch im 21. Jahrhundert anknüpfen. Für uns Thüringer Sozialdemokraten heißt das: Das erfolgreiche europäische Integrationsprojekt tritt in eine wichtige neue Entwicklungsetappe. Mit der letzten Erweiterungsrunde und den Fortschritten auf dem Wege hin zu einer handlungsfähigen Europäischen Union durch den Vertrag von Lissabon bieten sich auch für uns neue Möglichkeiten der Gestaltung der europäischen Rahmenbedingungen. Für uns ist die Vollendung der Politischen Union Europas der entscheidende Schritt, um unsere Ziele unter den Bedingungen der Globalisierung zu verwirklichen.
- Wir sehen in der erfolgten Aufnahme der neuen Mitglieder in die Europäische Union einen konsequenten Schritt zur Beseitigung der jahrzehntelangen Spaltung unseres Kontinents. Eingeleitet durch die Versöhnungspolitik Willy Brandts und ermöglicht durch die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR, die zur staatlichen Einheit Deutschlands führte, besteht mit diesem Erweiterungsschritt der EU eine realistische Chance für einen dauerhaften Frieden in Europa.
- Die Europäische Union bleibt ein Friedensprojekt. Kriege als Mittel der Politik, wie sie Jahrhunderte zwischen den europäischen Staaten mit verheerenden Folgen für die Menschen praktiziert worden sind, müssen durch eine konsequente und moderne europäische Politik des „Vertragens durch Verträge“ für alle Zeiten auf unserem Kontinent ausgeschlossen werden. Europa ist mit diesem Konzept in den vergangenen 50 Jahren sehr erfolgreich gewesen.

2. Das Soziale Europa schaffen. Europaweiter Mindestlohn jetzt.

- Wir brauchen wir eine europäische Mindestlohnpolitik als Antwort auf die Liberalisierung der Märkte. Die SPD Thüringen unterstützt daher die Gewerkschaften bei ihrer Forderung nach Einführung eines europaweiten Mindestlohns.
- Millionen Menschen müssen im Niedriglohnssektor arbeiten. Die arbeitenden Menschen brauchen aber einen fairen Lohn, der eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichert. In 21 von 27 Ländern der EU gibt es bereits gesetzliche Mindestlöhne. Wir brauchen die Einführung eines Mindestlohns, der sich am jeweiligen nationalen Durchschnittslohn orientiert. Das entscheidende Hindernis sind hier in Deutschland CDU und CSU, die einen generellen gesetzlichen Mindestlohn blockieren.
- Das Soziale Europa braucht für seine Verwirklichung handlungsfähige Gewerkschaften und starke Betriebsräte, um die arbeitende Bevölkerung in ihren Rechten zu stärken. Wir wollen daher eine institutionelle Stärkung der Gewerkschaften und der betrieblichen Mitbestimmung innerhalb der EU und befürworten auch die Mitbestimmung in europäischen Kapitalgesellschaften. Der Schwellenwert für die Einrichtung von Europäischen Betriebsräten (derzeit mindestens 1000 Beschäftigte in zwei Mitgliedstaaten) muss herabgesetzt werden.
- Die EU bildet heute den größten Binnenmarkt der Welt mit einer einheitlichen europäischen Währung. Europa ist aber weit mehr, nämlich eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft: Hier muss der Mensch und nicht der Markt im Mittelpunkt stehen! Die Thüringer SPD unterstützt die Bestrebungen, das „Soziale Europa“ zu einem unverwechselbaren Markenzeichen einer am Menschen orientierten Politik zu machen. Wir kämpfen für die Sicherung der Arbeitnehmerrechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen in Europa.
- Die Alternative zum gescheiterten Konzept des Neoliberalismus heißt soziale Gerechtigkeit. Wir begrüßen deshalb die Verankerung der Rolle der Sozialpartner im Vertrag von Lissabon ebenso wie die Präzisierung der künftigen Zuständigkeiten der EU im sozialen Bereich. Für die Identität und Stabilität der Europäischen Union ist das „Soziale Europa“ von besonderer Bedeutung. Es muss gleichberechtigt neben die bestehende Wirtschafts- und Währungsunion treten.
- Für die SPD ist klar: wirtschaftliche und soziale Integration sind zwei Seiten einer Medaille! Im Binnenmarkt sind die Grenzen für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen längst gefallen. Angesichts der negativen Folgen einer als zügellos empfundenen Globalisierung und weltweiter wirtschaftlicher Verwerfungen (z.B. im Bereich der Finanzmärkte) rücken jedoch soziale Probleme immer stärker ins Blickfeld. Die Sorge um den Arbeitsplatz, die Arbeitsbedingungen und ihre soziale Sicherung während und nach der Beendigung ihres Berufslebens beschäftigen nicht nur die Thüringer Bürgerinnen und Bürger zunehmend. Die Antwort auf die Probleme der Globalisierung kann nur die Europäische Union sein, der Nationalstaat alleine kann den Märkten keinen ausreichenden Rahmen mehr setzen. Nicht nur deshalb ist eine „Anti-Europa-Politik“, von welcher Seite auch immer, töricht.
- Soziale Fragen sind ein wichtiges Aufgabenfeld der europäischen Integration. Dennoch ist der „europäische Sozialraum“ bislang noch zu wenig konkret. Soll die Europäische Union zu einem „Europa der Bürger“ werden, dann braucht sie eine besser abgestimmte Sozialpolitik. Die SPD in Thüringen unterstützt eine stärkere europäische Integration im Bereich der Sozialpolitik. In diesem Zusammenhang begrüßt sie die Aufnahme der Grundwerte der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität und Gleichheit im Vertrag von Lissabon.
- Wir brauchen einen leistungsfähigen Staat mit Sozialsystemen zur Absicherung elementarer Lebensrisiken; dies eint alle Europäischen Sozialdemokraten. Europa braucht soziale Mindeststandards! Wir Thüringer Sozialdemokraten fordern die Einführung von Rechtsvorschriften zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen. Außerdem verlangen wir die Tariftreueklausel bei öffentlicher Auftragsvergabe im EU-Recht zu verankern.

- Die SPD Thüringen möchte, dass den sozialen Zielen der Union - Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, Sicherung des sozialen Friedens, Herstellung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus, Förderung von nachhaltiger Entwicklung, Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die Anerkennung der Rechte des Kindes - zukünftig größere Bedeutung auf europäischer Ebene beigemessen wird. Diese sozialen Ziele müssen untrennbarer Bestandteil europäischer Politik werden.
- Wir Sozialdemokraten bekämpfen jede Form von „Sozialdumping“. Kurzfristige Wettbewerbsvorteile dürfen nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten erkaufte werden. Wir brauchen Steuer-, Sozial- und Umweltnormen, die für alle Mitgliedsstaaten Standards setzen und den fatalen „Wettbewerb nach unten“ ausschließen. Deshalb hat die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament auch den neoliberalen Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie der EU-Kommission abgewehrt.
- Wir treten entschieden für die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt sowie die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz ein. Die berufliche Eingliederung der häufig aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten behinderten Mitmenschen muss auch weiterhin in der EU eine prioritäre Zielstellung bleiben. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass in der Europäischen Union jede Form der sozialen Ausgrenzung bekämpft wird.
- Wir Thüringer Sozialdemokraten setzen uns auch für eine Kohärenz von Wirtschafts- und Sozialunion ein. Erst mit einer erweiterten und vertieften Kooperation im Bereich der Sozialpolitik kann die europäische Wertegemeinschaft verwirklicht werden. Unser Ziel ist die Schaffung einer lebenswerten und solidarischen Gemeinschaft für alle Unionsbürger.

3. Das demokratische Europa. Mehr Demokratie wagen.

- Wir wollen das demokratische Europa. Die Krise der Europäischen Union ist u.a. auch eine Krise der Transparenz und Demokratie. Die SPD will ein Europa der Bürger, mit demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten für alle. Wir brauchen aber auch eine linke Mehrheit im Europäischen Parlament, um ein besseres, demokratischeres Europa zu schaffen; denn: wir wollen mehr europäische Demokratie wagen!
- Die Thüringer SPD begrüßt, dass mit dem Vertrag von Lissabon der Versuch unternommen wird, das bisher Erreichte durch ein gemeinsames Fundament an Werten und Zielen zu vertiefen. Ausdrücklich begrüßen wir, dass die Grundrechtecharta vom 7. Dezember 2000 nun für rechtsverbindlich erklärt wird und dass im Lissabonner Vertrag die künftige Europapolitik sehr viel stärker auch durch parlamentarische Mitwirkung bestimmt sein soll. Wir bedauern daher, dass der Ratifizierungsprozess zurzeit ins Stocken geratenen ist und setzen uns dafür ein, dass der Reformvertrag von Lissabon, der die Perspektive für ein sozialeres und demokratischeres Europa beinhaltet, doch noch zu einem Erfolg wird.
- Die EU braucht eine parlamentarisch verantwortliche - und vom Europaparlament gewählte - Kommission als „Regierung“. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen gestärkt, aber die Macht der Lobbyisten in Brüssel begrenzt und kontrolliert werden. Die gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Europaparlament müssen das Recht zur Gesetzesinitiative bekommen und gleichberechtigt mit der Europäischen Kommission und dem Rat bei allen europäischen Gesetzesvorhaben mitwirken. Dies wird zu größerer Bürgernähe und zu besserer direkter Verantwortlichkeit beitragen.

4. Die Regulierung der Finanzmärkte. Wir brauchen den Neuanfang.

- Die Finanzkrise hat deutlich gemacht: Der freie Markt für Finanzprodukte ist kein Selbstzweck, sondern braucht eine Ordnung. Ein weitgehend von Notenbanken und Aufsichtsbehörden unkontrollierter Finanzmarkt war entstanden. An Bilanzen und Regeln vorbei wurden Produkte

erfunden, die kaum zu durchschauen waren und nur dem Ziel dienten enorme Profite zu schaffen. Nunmehr sollte für jedermann klar sein, dass ökonomische Maßlosigkeit in die Krise führt. Es darf künftig im Finanzsektor keine unregulierten Marktbereiche mehr geben.

- Die SPD hat Verantwortung für die Menschen in Deutschland übernommen. Mit dem sog. Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurde ein wichtiger Schritt zur Überwindung der Krise getan - und nicht zuletzt wurden auch die Sparguthaben der Menschen gesichert. Die Thüringer SPD begrüßt, dass hierzu alle Schritte mit den europäischen und internationalen Partnern abgestimmt wurden.
- Die Thüringer SPD ist aber der Auffassung, dass über das notwendige Krisenmanagement hinaus weitere Konsequenzen gezogen werden müssen: Die international, aber auch in Europa, existierenden Steueroasen müssen trockengelegt werden. Hier muss die Europäische Union bei der Bekämpfung der Steuerflucht vorangehen.
- Wir sind davon überzeugt: Internationale Finanzmärkte erfordern starke internationale, aber auch europäische und nationale Kontrollinstanzen. Zudem müssen die Kompetenzen der Aufsichtsbehörden gestärkt und europäisch gebündelt werden. Eine einheitliche europäische Aufsichtsbehörde und eine Zulassungspflicht für Finanzmarktprodukte und Finanzinstrumente sind zu prüfen.
- Die SPD will, dass auf europäischer Ebene Anforderungen an riskante Finanzprodukte definiert und überwacht werden. Es ist zu gewährleisten dass „Risiken“ nicht mehr außerhalb von Bilanzen platziert werden können und es müssen einheitliche Standards für Rating-Agenturen geschaffen werden. Die Privatanleger müssen wirksamer als bisher vor hochriskanten Finanzprodukten geschützt werden. Denn: es geht nicht um den Schutz von Banken und Managern, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

5. Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Den Klimawandel entschieden anpacken.

- Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, hier sind die Nationalstaaten alleine machtlos. Wir sehen den Kampf gegen den Klimawandel aber nicht als Kostenfaktor, sondern als Quelle neuer Möglichkeiten, neuer innovativer Arbeitsplätze und einer neuen Wettbewerbsfähigkeit Europas. Die Europäische Union muss den Klimawandel entschieden anpacken und hierbei weltweiter Vorreiter einer technologischen Modernisierungs-etappe werden.
- Die Thüringer SPD setzt sich für einen sozial-ökologischen Umbau Europas ein – hin zu regenerativen Energien. Nur so kann der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet werden. Der Schutz von Natur und Umwelt kennt keine nationalen Grenzen. Und: Wir alle brauchen eine Stärkung des Umwelt- und Klimaschutzes, denn die ökologische Frage ist auch eine zentrale soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Hier ist eine funktionierende europäische Zusammenarbeit zwingend.
- Wir treten auch dafür ein, die Energieeffizienz zu steigern und Umwelttechnologien wie auch erneuerbare Energien zu fördern. Hier kann das „Erneuerbare Energiengesetz“, das die rot/grüne Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode verwirklicht hat, ein Vorbild für eine entsprechende europäische Regelung sein.
- Die Europäische Union muss eine wirklich nachhaltige europäische Energie- und Verkehrspolitik entwickeln und insgesamt die treibende Kraft im internationalen Klimaschutz sein – und bleiben. Dies gilt ganz besonders nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahre 2012.

6. Eine zukunftsorientierte europäische Agrarpolitik. Landwirtschaft dient allen.

- Die Thüringer SPD streitet für den Erhalt unserer zukunftsorientierten Thüringer Landwirtschaft mit tragfähiger wirtschaftlicher Basis. Allerdings: Die Agrarpolitik der EU folgte viel zu lange dem Grundsatz der Bindung der Beihilfenzahlung für die Landwirte an die produzierte Menge. Dadurch sind in den letzten Jahrzehnten Zustände eingetreten, die sowohl für die Landwirte als auch für die Bevölkerung und nicht zuletzt für unsere Umwelt nicht mehr akzeptabel sind.
- Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen Planungssicherheit. Die inzwischen eingeleiteten Reformen der EU-Agrarpolitik müssen konsequent und zielorientiert fortgeführt werden. Wir brauchen eine Politik, die in erster Linie dem Verbraucherschutz, dem Schutz unserer natürlichen Ressourcen und stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für alle Akteure im ländlichen Raum dient.
- Eine weitere Öffnung des EU-Agrarmarkts setzt voraus, dass die Produkte aus Drittländern entsprechend der in der EU gültigen ökologischen und Nachhaltigkeitskriterien erzeugt werden. Nachhaltige landwirtschaftliche Produktionsweisen müssen schwerpunktmäßig gefördert werden.
- Eine zukunftsorientierte europäische Agrarpolitik wird sich noch stärker als Teil einer nachhaltigen Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für unsere zumeist strukturschwachen ländlichen Regionen verstehen müssen. Dabei sollten ländliche Wirtschaftskreisläufe unterstützt werden.

7. Die Europäische Innen- und Justizpolitik. Auf dem Weg zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

- Die europäische Innen- und Rechtspolitik leistet einen wesentlichen Beitrag auf dem Weg zu einem Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür sollte die Zusammenarbeit der nationalen Regierungen und der Verwaltung der EU in Fragen der Kriminalitätsbekämpfung weiter ausgebaut werden. International operierenden Straftätern muss auch international begegnet werden. Wir befürworten insoweit eine Erweiterung des Mandats von EUROPOL bei gleichzeitiger Sicherung rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien.
- Aber auch die justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und die Zusammenarbeit von Richtern, Staatsanwälten und Ermittlern in der EU muss weiter ausgebaut werden. Die bisherigen Kooperationsprojekte (Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit – Eurojust – mit Sitz in Den Haag und Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung – OLAF -) und das „Europäische justizielle Netz für Strafsachen“ sind entsprechend fortzuentwickeln.
- Wir treten für eine angemessene Vereinheitlichung von Strafbestimmungen zur Steigerung der Effektivität in der Kriminalitätsbekämpfung in Europa ein. Dabei ist auf die Einhaltung eines hohen rechtsstaatlichen Standards und die Gewährleistung eines wirksamen Grundrechtsschutzes zu achten. Dies gilt auch für die Diskussion um die strafrechtlichen Verfahrensgarantien und bei der Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft.
- Rechtssicherheit ist für die SPD ein hohes Gut. Um mehr Rechtssicherheit für Bürger und Wirtschaft zu schaffen, ist die Zuständigkeit der EU für das Zivilrecht, das Zivilprozessrecht und die Verfahren zur Streitbeilegung im Zivil- und Handelsrecht adäquat fortzuentwickeln und wenn nötig zu begründen.
- Wir Sozialdemokraten treten für eine Stärkung der Bürgerrechte, besonders durch Fortentwicklung des Grundrechtsschutzes auf europäischer Ebene, ein. Für die Thüringer SPD ist

die Transparenz der europäischen Innenpolitik von besonderer Bedeutung. Grundlage dazu bleibt die Gewährleistung eines umfassenden Informationszugangs für alle Bürger.

8. Die EU-Regionalförderung für Thüringen. Viel erreicht, viel zu tun.

- Der Regionalförderung der Europäischen Union kommt für die Stärkung der Regionen eine wichtige Rolle zu. Für Ostdeutschland sind insgesamt 13,4 Mrd. Euro im Förderzeitraum von 2007 – 2013 vorgesehen, von denen Thüringen 2,1 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Die Thüringer SPD setzt sich für eine Sicherung der EU-Förderung für Thüringen auf möglichst hohem Niveau ein. Thüringen braucht auch nach 2013 weiter die Einordnung in eine angemessene und höchst mögliche Förderpriorität. Der Beitritt weniger wohlhabender Länder darf nicht durch rein „statistische Effekte“ automatisch zum Absenken oder Auslaufen der EU-Förderung führen.
- Die (notwendige) Umsteuerung eines Teils der EU-Strukturhilfen in die neuen Mitgliedstaaten und andere benachteiligte Regionen darf nicht zu früh zur Beendigung europäischer Hilfen im Zuge des ostdeutschen Aufholprozesses führen. Die europäischen Förderziele müssen real und nicht nur statistisch erreicht werden. Eventuelle Veränderungen der Regionalförderung dürfen sich nur an der tatsächlich erreichten Strukturanpassung orientieren, wobei Kriterien wie Arbeitslosigkeit und der Stand des Ausbaus der Infrastruktur für die Bewertung der Förderbedürftigkeit einbezogen werden sollten.
- Wir brauchen die Fortsetzung einer europäischen Beihilfepolitik für Thüringen, die die Ansiedlung großer Unternehmen weiterhin ermöglicht, um den nach wie vor nötigen wirtschaftlichen Aufholprozess in Gang zu halten und wenn möglich zu beschleunigen. Der Einsatz der europäischen Strukturfonds ist auch wichtig zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von kleineren und mittleren Unternehmen, um dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Die Spielräume der europäischen Beihilfepolitik im Interesse des weiteren Ausbaus von Beschäftigung in Industrie, Handel und Gewerbe sind zu sichern. Die SPD setzt sich für einen sinnvollen, effizienten und transparenten Einsatz aller EU- und Bundesfördergelder in Thüringen ein.
- Europa ist präsent in Thüringen: Der Europäische Sozialfonds hat vielfach Aus- und Weiterbildung für eine Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt, aber auch Existenzgründerseminare und berufliche Integration gefördert. Europäische Strukturfondsmittel leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Thüringens. Weimar wurde 1999 als Kulturhauptstadt Europas gefördert. Auch in anderen Städten sind wichtige Stadtteile durch EU-Fördermittel aufgewertet worden. Wer mit offenen Augen durch Thüringen geht, kann dies sehen, nicht nur an den zahlreichen Bauschildern, die auf die Finanzierung mit Mitteln der EU hinweisen. Hier ist z.B. die Errichtung des Kindermedienzentrums in Erfurt, das eng mit dem Kinderkanal von ARD und ZDF zusammenarbeitet, nur eines der bekannteren Projekte. Und schließlich ist Europa auch beim Abwasser präsent: viele Abwasserleitungen und -anlagen in Thüringen sind mit Mitteln des Europäischen Strukturfonds bezahlt worden, nachdem sich die Landesregierung von der Finanzierung mittlerweile weitgehend zurückgezogen hat. Auch in diesem Bereich ist die Europäische Union heute aktiver als die Thüringer Landesregierung.

Für die Europawahlen am 7. Juni 2009 ist klar:

„Wir brauchen kein Europa der Konservativen, der Marktradikalen und ihrer Lobbyisten, sondern ein sozialeres Europa! Ein Europa, in dem Arbeitnehmer und ihre Rechte ebenso wichtig sind, wie der Binnenmarkt. Dafür brauchen wir in Brüssel eine starke Sozialdemokratie.“

Frank-Walter Steinmeier